

Stand: 29.01.2026 05:55:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6206

"Bayerns Familien ernst nehmen: Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf muss Auftrag des Landtags endlich umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6206 vom 04.04.2025
2. Mitteilung 19/6593 vom 08.05.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerns Familien ernst nehmen: Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf muss Auftrag des Landtags endlich umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Forderungen des Dringlichkeitsantrags der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER vom 17. April 2024 „Für Bayerns Familien: Kitas jetzt weiterentwickeln“ ernst zu nehmen und schnellstmöglich umzusetzen.

Begründung:

Im April 2024 – also bereits vor einem Jahr – forderten die CSU-Fraktion und die Fraktion FREIE WÄHLER in einem Dringlichkeitsantrag „die bereits im Koalitionsvertrag erkannten und beschriebenen Ziele, wie den weiteren Ausbau sowie die Weiterentwicklung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetztes (BayKiBiG) jetzt nach Maßgabe der Haushaltsmöglichkeiten anzugehen und dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zu berichten, inwieweit diese bereits erreicht bzw. fortgeschritten sind, um gemeinsam mit der kommunalen Familie eine auskömmliche Finanzausstattung der Einrichtungsträger, sozialverträgliche Elternbeiträge und eine bayernweit hohe Qualität sowie vergleichbare Bildungschancen für alle Kinder zu sichern“ (Drs. 19/1819).

Im letzten Landtagswahlkampf war die Kinderbetreuung in Bayern ein großes Wahlkampfthema der CSU. Beim Kita-Gipfel wurde sie durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder zur Chefsache erklärt. Nach der Landtagswahl hielten CSU und FREIE WÄHLER die Reform des BayKiBiG im Koalitionsvertrag fest. Nachdem trotzdem keine Bewegung ins Thema kam, stellten neben etlichen parlamentarischen Initiativen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD auch die Regierungsfraktionen CSU und FREIE WÄHLER einen Dringlichkeitsantrag, damit endlich Bewegung in die Sache käme.

Im Juli 2024 übermittelte die stellvertretende Ministerpräsidentin und zuständige Staatsministerin Ulrike Scharf dann in einem Zwischenbericht zum Sachstand, dass der Koalitionsvertrag für 2023 – 2028 eine Weiterentwicklung des BayKiBiG vorsehe. Die Ziele seien: durch eine auskömmliche Finanzierung der Kinderbetreuung auch künftig vergleichbare Startchancen für alle Kinder zu sichern; die Qualität der Kinderbetreuung dort zu steigern, wo dies erforderlich ist; Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und damit die Verfügbarkeit der dringend in der Wirtschaft benötigten Fachkräfte auch in Zukunft sicherzustellen; pädagogisches Personal weitgehend von Verwaltungstätigkeit oder hauswirtschaftlicher Tätigkeit zu entlasten und/oder ihm Assistenzkräfte zur Seite zu stellen, damit das pädagogische Personal sich auf das päd-

dagogische Kerngeschäft konzentrieren kann; die Bürokratie auf allen Ebenen (Kommunen, Träger, Freistaat) insbesondere durch die Zusammenfassung von Leistungen signifikant zu reduzieren. Hintergrund für diese Vorhaben sei unter anderem der im Jahr 2021 veröffentlichte Bericht der Facharbeitsgruppe „Kita 2050“ in Bayern. Dort sei als wesentliche Handlungsempfehlung die Schließung der sogenannten Finanzierungslücke in der gesetzlichen Betriebskostenförderung identifiziert worden.

Staatsministerin Ulrike Scharf verwies in ihrem Bericht darauf, dass neben den Finanzierungsfragen unter anderem geprüft werde, ob und wie Elternbeiträge sozialverträglich gestaltet werden können. Der Abstimmungsprozess würde jedoch aktuell weiter andauern und daher könnten noch nicht einmal abgestimmte Zwischenergebnisse veröffentlicht werden.

Zwei Jahre sind vergangen, seitdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Kita-Krise in Bayern zur Chefsache erklärt hat, ein Jahr seit dem Dringlichkeitsantrag der Regierungsfraktionen und seit dem Bericht der stellvertretenden Ministerpräsidentin und zuständigen Staatsministerin Ulrike Scharf fast ein dreiviertel Jahr.

Nun teilte auf eine aktuelle Anfrage zum Plenum hin (Abgeordnete Julia Post, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 19/5814) das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales erneut mit, dass sich eine „entsprechende Reform der gesetzlichen kindbezogenen Förderung ... aktuell in Erarbeitung“ befindet, „so dass es noch kein innerhalb der Staatsregierung abgestimmtes Konzept gibt“. Des Weiteren wird darauf verwiesen, dass mit dem Kinderstartgeld eine wichtige Richtungsentscheidung getroffen sei. „Damit entlastet die Staatsregierung die Kommunen effektiv und leistet einen substantiellen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Infrastruktur.“ Erneut wird darauf hingewiesen, wie schon im Bericht vor fast einem Jahr, dass die Facharbeitsgruppe „Kita 2050“ bereits umfassende Empfehlungen erarbeiten und wertvollen Input leisten konnte. Was davon nun umgesetzt werden wird, wie die selbstgesteckten Ziele erreicht werden sollen und in welchem Zeitrahmen, dazu kann erneut keine Auskunft gegeben werden. Generationen von Kindern durchlaufen die Kitas in Bayern, bis die Söder-Regierung von der Adressierung des Problems zu einem Lösungsvorschlag kommt. Generationen von Eltern, pädagogischen Fachkräften, Trägern und Verantwortlichen in den Kommunen warten vergebens auf die dringend nötigen Verbesserungen. Nun wird auf das Kinderstartgeld verwiesen. Doch alleine mit dem Kinderstartgeld werden die Probleme nicht zu lösen sein, die auch die Regierungsfraktionen längst erkannt haben und deren Lösung sie der Staatsregierung bereits vor einem Jahr aufgetragen haben.



Mitteilung

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/6206

**Bayerns Familien ernst nehmen: Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales
Ulrike Scharf muss Auftrag des Landtags endlich umsetzen**

Der Antrag mit der Drucksachenummer 19/6206 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt